Haushaltsrede SPD-Fraktion am 19.12.23 (Dagmar Elsenbusch)

Im Sinne einer friedlichen Weihnacht möchte ich meine Haushaltsrede mit einem Zitat des von mir geschätzten CDU-Politikers, Norbert Blüm, beginnen: „Alle wollen den Gürtel enger schnallen, aber jeder fummelt nur am Gürtel des Nachbarn herum.“

Die Kommunen gehören z.B. zu den Nachbarn, die den Gürtel enger schnallen sollen, wenn Bund und Land sparen müssen. „Sorgt für ausreichend Kindergartenplätze, baut Kindergärten und Krippen, kümmert euch um die Schulgebäude, baut neue Horte, ab 26 gibt es die Pflicht zur Ganztagsbetreuung! Schon recht, liebe Bundes- und Landesregierung, aber womit sollen wir das bezahlen. Da reichen eure Zuschüsse bei Weitem nicht. Darauf antwortet der Staat/das Land, bzw. die Gemeindeordnung: … Erhöht die Entgelte für eure Leistungen, beschafft euch die Mittel über Erhöhung der Steuern, als da wären Hundesteuer, Gewerbesteuer, Vergnügungssteuer, usw.

Und schon sind wir beim Kern unseres Dilemmas angekommen: der Doppelhaushalt 24/25 liegt an der Grenze zur Genehmigungsfähigkeit, 2028 wird diese Grenze überschritten werden. Natürlich hat uns die Verwaltung zu Recht im Laufe von 2023 zum Teil drastische Erhöhungen der Gebühren vorgeschlagen. Aber ebenso zu Recht haben wir, die SPD-Fraktion, meistens mit großer Mehrheit auch der anderen Fraktionen drastische Erhöhungen abgelehnt, wohl wissend, dass ja auch unsere Bürgerinnen und Bürger in diesen unruhigen Zeiten finanziell nicht auf Rosen gebettet sind. Was also tun. Zur Verdeutlichung der Ausmaße unserer finanziellen Misere hier einige Zahlen.

Haushaltsvolumen 50 Mio: Differenz zwischen Ertrag und Aufwand der laufenden Verwaltungstätigkeit in 2024 = -1.055.300 € und 2025 = - 1.555.100 €. Das entsprach früher der kameralen Zuführungsrate und mit dieser normalerweise positiven Differenz können dann die nötigen Investitionen finanziert werden. Was, bitte schön, sollen wir mit Minus -1.055.300 € finanzieren? Demgegenüber stehen Investitionen in Höhe von 11 Mio für 24 und 9 Mio für 25. Der dickste Brocken ist natürlich die PKW-Unterführung in Söllingen, die sich Pfinztal im Prinzip nicht hätte leisten dürfen. Da zahlen jetzt alle für die Entlastung einiger weniger. Aber auch die anderen Sanierungen haben es in sich: Generalsanierung Julius-Hirsch-Halle, völlig in die Jahre gekommen, entspricht nicht mehr den heutigen Standards, die sich übrigens immer schneller ändern: 1, 3 Mio über 4 Jahre. Voraussichtlicher Zuschuss 220.000. Da wären wir wieder bei der fehlenden Unterstützung durch Land und Bund. Neubau Hort Söllingen: ca. 6 Mio über 5 Jahre + 2 Mio. Interims-Container. Generalsanierung GS Kleinsteinbach 600.000 €, Löschfahrzeug Wöschbach 500.000 €, Notstromversorgung jeweils 150.000 in 24 und 25, Neubau Feuerwehrhaus Berghausen 600.000 in 24 und 25, dann 3,5 Mio in den Folgejahren.

Also insgesamt fast nur dringend notwendige Investitionen in die Infrastruktur, in FW-Gebäude, Hallen, Schulen, Kindergärten, Horte, usw., also Investitionen die wir als SPD-Fraktion ausdrücklich unterstützen, da uns schon immer die Betreuung unserer Kinder, unserer Familien am Herzen liegt. Dazu gehören natürlich auch unsere Senioren. Umso mehr freut es uns, dass über pfiffige Investoren gleich 2 Einrichtungen für Betreutes Wohnen entstehen, nämlich an der Schnellermühle und in Kleinsteinbach. Ganz im Gegenteil dazu ist das dritte Seniorenprojekt, nämlich das Pflegeheim auf dem Berckmüller-Gelände einfach nur ärgerlich. Die SPD-Fraktion hat schon mehrfach die Verwaltung gebeten, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen und uns vorzulegen, wie wir das rechtlich sauber beenden können. Nichts passiert bisher. Wir appellieren an unsere Kollegen und Kolleginnen uns auf diesem Weg zu unterstützen. Landauf, landab erweist sich dieser Investor als unseriös, rein profitorientiert und das ist nicht das, was wir uns für unsere alten Menschen in Pfinztal wünschen.

Zurück zu den Investitionen: Gemeinsam haben wir nach zumutbaren Streichungen gesucht und nur wenige gefunden. Unterm Strich werden wir also diese Beträge über Kredite finanzieren müssen. Das bedeutet 11 Mio in 24 und 9,6 Mio in 25. Damit steigen unsere Schulden im Kernhaushalt rasant auf 42 Mio. und unter Einbezug der Schulden der Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasser sogar auf 83 Mio. mit allen entsprechenden Konsequenzen, sprich Zinszahlungen Ende 25 im Kernhaushalt von 856.000 Euro. Das bedeutet eine pro-Kopf-Verschuldung pro Pfinztaler Einwohner von 2235 € gegenüber 1245 im Landesschnitt.

Aber was tun?

Wahrscheinlich kommen wir um Gebührenerhöhungen nicht herum. Die SPD könnte aber, wenn überhaupt, nur maßvollen Erhöhungen zustimmen. Wir wollen nicht den bereits engen Gürtel unserer Mitbürger noch enger schnallen, um im Bild zu bleiben.

Doppelarbeit in der Verwaltung beenden: wir haben gute Fachleute in den Ämtern. Warum dann jeweils 550.000 in 24 und 25 für Gutachten einstellen. Warum geben Kommunale Wohnbau (ein Eigenbetrieb der Gemeinde) und Gemeinde jeweils Photovoltaik-Gutachten für die gleichen öffentlichen Gebäude in Auftrag? Wird da nicht miteinander kommuniziert?

Wir haben viel Wissen in unserer Gemeinde. Warum nicht stärker die Bürger ins Boot holen, echte Bürgerbeteiligung anstreben, statt uns z.B. 600 Seiten Gutachten zum Thema Gartenhausgebiete eines Freiburger Büros vorlegen, das völlig an der Realität vorbeiging. Des gleichen beim Parkraumkonzept. Das kann unser Personal mit unserer Hilfe und mit Hilfe engagierter Bürger sehr wohl auch allein stemmen.

Unser Gewerbe stärker unterstützen: die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sinken. Sicherlich sind dies Folgen der Coronajahre, der Lieferengpässe, des Kriegs in der Ukraine. Aber gerade in solchen Zeiten müssen wir uns um unsere zahlreichen Betriebe kümmern. Pfinztal hat derzeit Null Gewerbeflächen. Das bedeutet, dass ein Betrieb, der sich vergrößern oder verkleinern möchte, hier keine Lösung findet und abwandern muss. Bereits viele Male hat die SPD, aber auch die CDU angemahnt, dass wir an neue Gewerbeflächen gehen oder Erweiterungsmöglichkeiten suchen. Bestes Beispiel dafür ist Sonnenberg/Salbusch. Dieses Gebiet wurde ursprünglich als Gewerbegebiet angedacht, dann wurde uns ein Urbanes Gebiet präsentiert, was seitdem den Dornröschenschlaf schläft. Dabei gehören einige große Grundstücke dort der Gemeinde und würden gutes Geld bringen, was wir dringend brauchen.

Fehler vermeiden: die Verwaltung hat den vom Gemeinderat verabschiedeten Bebauungsplan Heilbronn-Engelfeld ohne unser Wissen maßgeblich verändert und die Spielplätze in der Römerstraße vertauscht und zusätzlich einen Basketballplatz mit angelegt. Aus Sicht der Verwaltung mag das kinderfreundlich gedacht sein, aber für die Anwohner, die neu auf der Basis unseres Bebauungsplans gebaut haben und sich weiter entfernt dachten, ein Unding. Und Sie sind im Recht, wie ein von der Gemeinde beauftragtes Lärmgutachten gezeigt hat. Sie sind klageberechtigt, weil die Lärmgrenzen durch die Neuanordnungen tatsächlich überschritten werden. Statt nun gemeinsam mit allen Beteiligten eine möglichst kostengünstige Lösung zu suchen, schlägt die Verwaltung den Bau einer Lärmschutzwand vor, Kostenpunkt 150.000 €. Da fällt mir nur das Wort „Schildbürgerstreich“ ein. Ein Punkt, den wir gerne zur Hälfte gestrichen haben, mit der anderen Hälfte soll eine praktikable Lösung gefunden werden und u.U. weitere Bolz- oder Basketballplätze erschlossen werden, die NICHT direkt neben den Grundstücken der Anwohner liegen.

Klimaneutralität vorantreiben: endlich haben wir wieder einen Klimaschutzbeauftragten. Wir wünschen, dass die Klimaneutralität der Gemeinde mit Nachdruck vorangetrieben wird. Denn dadurch können Betriebskosten eingespart werden. Der Vertrag mit der PV-Genossenschaft Durmersheim ist dabei ein guter Weg, um PV auf die Dächer öffentlicher Gebäude zu bringen, ohne dass die Gemeinde in den leeren Säckel greifen muss. Das sollten wir schnell angehen und so viele Dächer wie möglich mit PV ausstatten.

Geld sparen, durch schnelleres Umsetzen von Investitionen: Ein Blick in den letztjährigen Haushalt hat gezeigt, dass wieder ca. 50% nicht umgesetzt wurde. Klar, der Kämmerer freut sich, muss er doch weniger Kredit aufnehmen. Aber uns freut es nicht, weil erfahrungsgemäß die Preise nach oben gehen, je länger man abwartet. Nun bleibt zu hoffen, dass die langsame Vorgehensweise immer noch Corona geschuldet war, sicherlich auch Lieferengpässen, aber dennoch: bei besserer und frühzeitigerer Planung hätte sicherlich die Interimslösung mit Containern für den neuen Hort in Söllingen vermieden werden können. Dass die Kinderzahl deutlich steigen ist ja nicht erst seit gestern bekannt. Das wären immerhin Einsparungen von 2.000.000 € gewesen.

Und noch ein Wort in eigener Sache. Wir, die SPD-Fraktion wünschen uns mehr Einmischung, mehr Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger. Unsere Demokratie ist ein hohes Gut, dass aber verloren gehen kann, wie ein Blick in umliegende Länder zeigt. Lebendige Demokratie lebt vom Volk.

Daher gilt unser Dank all den Bürgerinnen und Bürgern, die uns bisher mit Sachverstand, konstruktiven Vorschlägen und Ideen unterstützt haben. Bitte machen Sie weiter.

Wir danken der Verwaltung, die sich von uns viele kritische Fragen und Anmerkungen anhören muss. Wir erkennen aber auch, dass Ihre Arbeit immer komplexer und die Belastung immer größer wird.

Zum guten Schluss gilt unser Dank all denen, die zum Gelingen unseres Gemeinwesens beitragen: den vielen Ehrenamtlichen in der Feuerwehr, der Kirche, beim Roten Kreuz, in den Vereinen, in den Schulen, im sozialen Bereich, in der Flüchtlingshilfe und in der Politik. Ohne diese Vielzahl von Menschen, die ihre Energie und Freizeit zum Wohle ihrer Mitbürger opfern, kann eine Gemeinde nicht existieren. Dafür danken wir Ihnen allen von Herzen.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt, einschließlich Wasser und Abwasser, zu.